Sitzungsvorlage 171/2017

öffentlich

**TOP: **Satzung zur Änderung der Satzung über die
Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die
öffentlichen Einrichtungen der Abwasserbeseitigung
Weißenfels- AöR (Abwasserbeseitigungssatzung)****

Beratungsfolge	Sitzungstag	TOP
Finanzausschuss	27.09.2017	
Stadtrat	19.10.2017	

☐ Einbeziehung des Senioren- und/oder	☐ Behindertenbeirats

Finanzierung:			
Mittel stehen bereit im Budget:	☐ ja	☐ Nein, jedoch	☐ apl ☐ üpl ☐
aus dem lfd. Haushalt: aus VE / Resten:	☐ ☐	Deckung in Budget Nr. aus Produkt: aus SK / USK aus Maßnahme-Nr. Ansatz auf SK noch verfügbar im SK	
KSt: SK: USK:			
Unterschrift Budgetverantwortlicher			
Mitzeichnung im Bedarfsfall:	Unterschrift		
Zustimmung eines anderen Budgetverantwortlichen			
Bestätigung durch Amt Finanzen			

Sachstandsbericht:

§ 1 Ziff. 1 und 2 der Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentlichen Einrichtungen der Abwasserbeseitigung Weißenfels – AöR (Abwasserbeseitigungssatzung) betreffen redaktionelle Änderungen (§ 11) sowie die Anpassung an die aktuelle Gesetzeslage (§ 22).

Die in § 1 Nr. 3 der Satzung enthaltene Einfügung eines neuen § 23a in die Abwasserbeseitigungssatzung dient dazu, um in Fällen hartnäckiger Verstöße gegen die satzungsmäßigen oder vertraglich geregelten Einleitbedingungen oder des wiederholten und andauernden Zahlungsverzuges auf angemessene Weise ein satzungsbzw. vertragskonformes Verhalten der Einleiter zu erreichen und dafür die von der AöR geschuldete Entsorgung der Grundstücke vorübergehend einstellen zu können. Um die Entsorgung vorübergehend einzustellen, muss der Grundstücksanschluss durch Setzen einer Blase vorübergehend verändert werden.

In Rechtsprechung und Literatur sind Rechtsfragen um die Einstellung der Versorgung/Entsorgung bislang hauptsächlich im Bereich der Wasserversorgung behandelt worden. Für die Wasserversorgung ist die Regelung der Versorgungseinstellung und fristlosen Kündigung ausdrücklich in § 33 AVBWasserV geregelt.

Weil selbst bei der öffentlich-rechtlichen Trinkwasserversorgung mit Anschluss- und Benutzungszwang eine satzungsmäßig geregelte Liefersperrung wegen Abgabenschulden als zulässig angesehen wird (vgl. § 33 AVBWasserV), hat das OVG Bautzen (Beschl. v. 07.12.2006 – 4 BS 220/05, BeckRS 2007, 23708) im „Erst-recht“-Schluss zuvor geäußerte Bedenken des VG Dresden (Beschl. v. 22.07.2005 – 4 K 1362/05, juris Rz. 26) zerstreut, eine solche Satzungsregelung im Abwasserbereich könne nicht in Einklang mit höherrangigem Recht gebracht werden, weil übergeordnete Schutzgüter des Wasserrechts, insbesondere das Interesse der Volksgesundheit und der Vorbeugung von Gewässerverunreinigungen, ein Zurücktreten satzungsrechtlicher Zurückbehaltungsrechte fordern. Mithin kann davon ausgegangen werden, dass diese Schutzgüter eine Satzungsregelung über die Einstellung der Entsorgung keinesfalls vollends ausschließen.

Die Einstellung der Entsorgung stellt jedoch eine nicht unerhebliche Beschränkung des Nutzungsrechts der öffentlichen Einrichtung gem. § 4 Abs. 1 der Abwasserbeseitigungssatzung (ABS) i.V.m. mit den kommunalverfassungsrechtlichen Vorschriften dar, die nur auf Grund einer Rechtsgrundlage ergehen kann, die sich mindestens konkludent durch Auslegung ermitteln lassen muss (vgl. VG Dresden, Beschl. v. 22.07.2005 – 4 K 1362/05, juris Rz. 23; OVG Bautzen, Beschl. v. 07.12.2006 – 4 BS 220/05, BeckRS 2007, 23708). Eine solche Rechtsgrundlage, auf Basis derer die

AöR die Entsorgung wegen der im Regelungsentwurf vorgesehenen Regelverstöße vorübergehend einstellen könnte, liegt bislang nicht vor und ist deshalb neu zu schaffen.

Die Einstellung der Entsorgung gem. der neuen satzungsrechtlichen Regelung stellt eine besondere Form des allgemeinen Zurückbehaltungsrechts entsprechend § 273 Abs. 1 BGB dar. Nach dieser Vorschrift kann ein Schuldner die geschuldete Leistung verweigern, bis die ihm gebührende Leistung bewirkt wird, wenn er aus demselben rechtlichen Verhältnis, auf dem seine Verpflichtung beruht, einen fälligen Anspruch gegen den Gläubiger hat. Es ist anerkannt, dass diese Regelung jedenfalls ihrem Rechtsgedanken nach auch im öffentlichen Recht anwendbar ist.

Im öffentlichen Recht ist jedoch zu beachten, dass hier der Gesetzgebungsvorbehalt eine spezielle gesetzliche Grundlage voraussetzt, wenn eine öffentlich-rechtliche Leistung, auf die der Bürger einen Anspruch hat, entzogen werden soll. Eine solche Rechtsgrundlage für die Verweigerung öffentlich-rechtlicher Leistungen ist erst recht dann erforderlich, wenn die Benutzung einer öffentlichen Einrichtung nicht im Belieben des Benutzers steht, sondern er – wie hier – aufgrund des angeordneten Benutzungszwangs für öffentliche Abwasseranlagen – § 4 Abs. 1 ABS i.V.m. § 11 Abs. 1 Ziff. 2a) KVG LSA – sogar gezwungen ist, sein Abwasser in diese Einrichtung einzuleiten, um den vom Wasserrecht umfassten höherrangigen Interessen, wie dem Gesundheitsschutz der Allgemeinheit und der Sauberkeit des Grundwassers (vgl. dazu BVerwG, Urt. v. 24.01.1992, NVwZ 1992, 565, 566), Rechnung zu tragen.

Die neue Regelung über die Entsorgungseinstellung ist der Regelung in § 33 AVB-WasserV nachgebildet. Sie deckt gemäß Abs. 1 die Einstellung der Wasserversorgung ab, wenn die satzungsmäßigen oder vertraglichen Einleitbedingungen nicht eingehalten und sich daraus Gefahren sowohl für Personen als auch Sachen ergeben, sich die Einhaltung der Einleitbedingungen nicht anderweit durchsetzen lässt oder Anhaltspunkte dafür bestehen, dass nicht über Wasser- oder Abwasserzähler erfasstes Abwasser in die öffentliche Anlage eingeleitet wird und damit die ordnungsgemäße Abrechenbarkeit der Abwasserentsorgung nicht gewährleistet ist. Mit der Regelung in § 23a Abs. 2 kann unter Einhaltung der dort geregelten Voraussetzungen – Mahnung und Androhung der Einstellung der Entsorgung, wobei beides auch miteinander kombiniert werden kann, zwei Wochen im Voraus – die Entsorgung auch bei Zahlungsverzug eingestellt werden. Gemäß Abs. 3 hat die AöR aus Gründen der Verhältnismäßigkeit die Entsorgungen des Grundstücks unverzüglich wieder aufzunehmen, sobald die Gründe für ihre Einstellung entfallen sind, der Grundstückseigentümer der AöR dies nachgewiesen und die Kosten der Einstellung und Wiederaufnahme der Abwasserentsorgung ersetzt hat. Für die beiden letzten Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit die AöR wieder verpflichtet ist, das Grund-

stück zu entsorgen, ist der Grundstückseigentümer verantwortlich. Von ihm zu verlangen, dass er Nachweise dazu erbringt, dass er nunmehr die Einleitbedingungen wieder einhalten bzw. die Zahlungen, hinsichtlich derer er in Verzug war, geleistet hat sowie gleichzeitig die Kosten für die Einstellung/Wiederaufnahme trägt, ist zumutbar und verhältnismäßig, zumal er Anlass für die Einstellung gegeben hat.

Die Vorberatungszuständigkeit des FA beruht auf § 14 Abs. 4 Hauptsatzung, wonach der Finanzausschuss alle Verhandlungsgegenstände i.S.d. § 45 Abs. 2 Ziffer 5,6,7 KVG LSA vorberät, wozu u. a. die Festsetzung allgemein geltender öffentlicher Abgaben und Entgelte gehört.

Die Entscheidungszuständigkeit des Stadtrates ergibt sich aus § 45 Abs. 2 Ziffer 6 KVG LSA.

Risch
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentlichen Einrichtungen der Abwasserbeseitigung Weißenfels – AÖR (Abwasserbeseitigungssatzung).

Risch
Oberbürgermeister

Anlagen:

- Satzung